

## **NEUE STEUERPRIVILEGIEN FÜR 331 MULTIMILLIONÄRE? NEIN ZUR UNGERECHTEN VERMÖGENSSTEUER-VORLAGE**

Mit der ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage werden neue Steuerprivilegien für die Reichsten eingeführt. Am stärksten profitieren die 331 reichsten Personen im Baselbiet: Sie erhalten jährlich pro Kopf 34'500 Franken. Gleichzeitig gehen 125'000 Baselbieterinnen und Baselbieter leer aus. Am Schluss bezahlt die Bevölkerung Jahr für Jahr die Kosten der neuen Steuerprivilegien in Höhe von total 42 Millionen Franken. Gerade in der aktuellen Situation mit Teuerung und Kaufkraft-Verlust können wir uns das nicht leisten. Die SP und die Grünen wehren sich gegen diese ungerechte Vorlage.

Am 27. November kommt die ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage zur Abstimmung. Sie will neue Steuerprivilegien für die reichsten Personen im Kanton in Höhe von 42 Millionen Franken schaffen. Von der geplanten Vermögenssteuersenkung gehen mehr als 90% der Steuerprivilegien an die obersten 10%, während 70% der Baselbieter:innen leer ausgehen. «In den letzten Jahren hat sich der Kanton mit drastischen Sparmassnahmen einen finanziellen Spielraum teuer erkaufte. Statt diesen Spielraum dafür zu nutzen, tiefe und mittlere Einkommen zu entlasten, werden neue Steuerprivilegien an Multimillionäre verteilt.», so Miriam Locher, Parteipräsidentin SP Baselland. Thomas Noack, SP-Landrat, ergänzt: «Dem Kanton fehlt das Geld für familienergänzende Betreuungsangebote, für gezielte Prämienverbilligungen oder Investitionen in eine sichere Energieversorgung – da müssen wir ansetzen, statt freiwillig auf 42 Millionen Franken Steuereinnahmen zu verzichten».

Der Regierungsrat weigert sich, diese dringende Handlungsfelder anzuerkennen. Stattdessen wird behauptet, diese Reform sei notwendig, um die drohende Abwanderung von Vermögenden aus dem Baselbiet zu verhindern. Für eine solche Abwanderung gibt es allerdings keine Evidenz. Michael Durrer, Parteipräsident Grüne Baselland dazu: «Es ist erwiesen, dass die Attraktivität eines Kantons nicht vom Steuerfuss abhängt, sondern vor allem von qualitativen Kriterien wie gute Arbeitsbedingungen oder hochstehende ÖV-Infrastrukturen». Es ist verantwortungslos ohne Not auf 42 Millionen Franken Steuergelder zu verzichten, wenn nur spekuliert werden kann, ob eine Senkung der Vermögenssteuern zu mehr Steuereinnahmen führt.

Gerade diese qualitativen Kriterien, die einen Kanton lebenswert machen, werden aber mit der geplanten Steuersenkung gefährdet. Während die Gemeinden bereits auf Grund der SV17 und der Senkung der Ertragssteuern hohe Ausfälle verkraften müssen, drohen ihnen jetzt erneute Ausfälle in Millionenhöhe. «Die vom Kanton beschlossenen Steuersenkungen erschweren den Gemeinden die nötigen Investitionen zur Bewältigung des zusätzlichen Infrastrukturbedarfs», so Urs Kaufmann, Vizepräsident von Frenkendorf und SP-Landrat .

Die ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage reiht sich in eine gefährliche Entwicklung ein: Die Belastung der tiefen und mittleren Einkommen steigt an, während die Reichsten von immer neuen Steuerprivilegien profitieren. Die ohnehin zunehmende Ungleichheit im Baselbiet würde dadurch verschärft. «Allein im Baselbiet haben Unternehmen und Multimillionäre seit der Jahrtausendwende von Steuerprivilegien in Höhe von 200 Millionen Franken profitiert. Diese Vorlage schafft weitere Steuerprivilegien für diejenigen, die es am wenigsten brauchen.» führt SP-Landrätin Ronja Jansen aus. Noch bevor sich die Bevölkerung zu diesen neuen Steuerprivilegien äussern kann, hat der Kanton bereits die nächste Vermögenssteuerreform geplant, die weitere Steuerprivilegien für die reichsten Personen im Baselbiet schaffen will. Wir wehren uns gegen diese unehrliche Salamtaktik auf dem Buckel der tiefen und mittleren Einkommen.

Weitere Ausführungen finden Sie in der angehängten Medienmappe.

[www.vermoegenssteuer-vorlage-nein.ch](http://www.vermoegenssteuer-vorlage-nein.ch)

### **Auskunft erteilen:**

**Miriam Locher**, Präsidentin SP Baselland, Landrätin SP, 076 445 07 22

**Urs Kaufmann**, Landrat SP und Vizepräsident Gemeinde Frenkendorf, 079 421 59 32

**Ronja Jansen**, Landrätin SP, 076 675 12 23

**Dr. Thomas Noack**, Landrat SP und Regierungskandidat, 079 619 05 20

**Michael Durrer**, Präsident Grüne Baselland, 079 303 60 54

# Es profitieren die Falschen!

*Redebeitrag Miriam Locher, Parteipräsidentin SP Baselland und Landrätin  
Medienkonferenz zur ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage, 18. Oktober 2022*

Lassen Sie es mich vorwegnehmen, diese Vermögenssteuervorlage ist unnötig, ungerecht und es profitieren die Falschen. Es profitieren nämlich die Menschen am meisten, die es am wenigsten nötig hätten.

Im Detail: Vor rund zwei Wochen wurde bekannt, wie sehr der Prämienschock gerade auch das Baselbiet trifft. Ebenso wurde bekannt, dass nebst dem Prämienschock auch der Energiepreisschock massive Auswirkungen auf die Budgets der Menschen in unserem Kanton haben wird. Und als wäre dies nicht bereits beunruhigend genug, hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit zeitgleich eine Vermögenssteuervorlage von Anton Lauber durchgewunken, die für die reichsten Menschen in unserem Kanton neue Steuerprivilegien schaffen will und zu massiven Steuerausfällen führen würde. Dies, obwohl die SP einen Kompromiss mitgetragen hätte. Die SP-Fraktion hat während der Diskussion in der Finanzkommission und im Landrat stets Hand geboten für eine Reform der Vermögenssteuer. Neben einer Abschaffung der speziellen Baselbieter Steuerwerte für Wertpapiere sowie einer Korrektur der zu tiefen Liegenschaftswerte wäre im Rahmen einer pragmatischen ertragsneutralen Reform auch eine moderate Senkung der Steuersätze angebracht gewesen; eine unbürokratische Korrektur alter Missstände, bei der sich Mehrbelastungen und Entlastungen der Reichen die Waage gehalten hätten. Aber davon wollte die rechtsbürgerliche Mehrheit im Landrat nichts wissen.

Wir sehen uns deshalb gezwungen, die ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage vor das Volk zu bringen. Die Reichsten auf Kosten der Allgemeinheit zu entlasten ist fahrlässig, volkswirtschaftlich unsinnig und lässt die Ungleichheit weiter ansteigen.

Mit dieser Vorlage werden neue Steuerprivilegien für die Reichsten eingeführt. Am stärksten profitieren die 331 reichsten Personen im Baselbiet: Sie erhalten pro Kopf 34'500 Franken, rund 11.5 Millionen insgesamt. Und wenn ich von den Reichsten rede, dann meine ich Personen, die ein Vermögen von 10 Millionen und mehr haben. Während also jene, die es am wenigsten brauchen üppige Steuerprivilegien erhalten, gehen 125'000 Baselbieterinnen und Baselbieter leer aus und die Löcher, die in die Kasse des Kantons und der Gemeinden gerissen werden, sind massiv. Darauf werden meine Kolleginnen und Kollegen im Anschluss näher eingehen.

Kommt hinzu, dass sich diese ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage in eine gefährliche Entwicklung einreicht: Die Belastung der tiefen und mittleren Einkommen steigt fortlaufend an, während die Reichsten von immer neuen Steuerprivilegien profitieren. Am Schluss bezahlt die Bevölkerung Jahr für Jahr die Kosten der neuen Steuerprivilegien in der Höhe von total 42 Millionen Franken. Gerade in der aktuellen Situation mit Teuerung und Kaufkraft-Verlust können wir uns das nicht leisten.

# Tiefere und mittlere Einkommen zahlen den Preis

*Redebeitrag Dr. Thomas Noack, Landrat SP und Regierungskandidat  
Medienkonferenz zur ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage, 18. Oktober 2022*

Was ist eigentlich die Schlüsselfrage für diese Vorlage? Es ist nicht die Frage auf welchem Platz der Kanton Baselland in der Rangliste steht, sondern die Frage, wie sich der Kanton den dringend notwendigen finanziellen Handlungsspielraum für anstehende Aufgaben verschafft bzw. den mit drastischen Sparmassnahmen teuer erkauften Spielraum behält. Dieser Handlungsspielraum muss der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Kanton zugutekommen. Und damit meine ich heute nicht nur die wenig Verdienenden, sondern explizit auch den Mittelstand. Wir sind alle von steigenden Energiepreisen, steigenden Miet- und Hypothekarkosten, hohen Kita-Gebühren und steigenden Krankenkassenprämien betroffen. So ist, um beim Wettbewerb zu bleiben, bei der Finanzierung der familienergänzenden Betreuung der Kanton Basel-Landschaft seit Jahren im schweizweiten Vergleich auf den hintersten Rängen anzutreffen.

Die entscheidenden Fragen sind doch, ob die Wette auf höhere Einnahmen durch eine Steuersenkung wirklich zu mehr Einnahmen führen wird und ob die Regierung und der Landrat diesen Spielraum dann auch zugunsten der gesamten Bevölkerung einsetzen würde. Und, ob in Bezug auf den Wegzug von sehr vermögenden Einwohnerinnen und Einwohnern der Handlungsdruck wirklich so gross ist, wie das die Regierung behauptet.

Was wir heute wissen, ist dass der Kanton zunächst einmal freiwillig auf Einnahmen verzichtet. Es handelt sich dabei um 42 Millionen weniger Steuerertrag. 27 Millionen Steuerausfälle für den Kanton und 15 Millionen bei den Gemeinden. Der Kanton entschädigt die Gemeinden mit rund 9 Millionen Franken, was dann im Kantonsbudget einen, notabene freiwilligen, Verzicht auf Steuergelder in der Höhe von 36 Millionen Franken ausmacht, und das jährlich wiederkehrend. Das ist nicht wenig. Immerhin ist das ein Betrag, der in der gleichen Grössenordnung liegt, wie der Gewinn, der im Budget 2023 veranschlagt wird.

Was wir auch wissen, ist, dass von 2013 bis 2018, das sind die letzten öffentlich verfügbaren Zahlen, die Steuereinnahmen insgesamt und insbesondere diejenigen des reichsten Segments stabil geblieben sind. Es gibt sowohl bei den Einkommenssteuern wie bei den Vermögenssteuern im Jahr 2017 einen Ausreisser nach oben, aber ansonsten sind die Einnahmen stabil bis leicht steigend. Generell kann aus diesen Zahlen kein signifikanter Wegzug von Vermögenden abgeleitet werden oder ein Negativtrend ausgemacht werden, der besorgniserregend wäre und der nach unmittelbaren Massnahmen schreien würde. (sh. Abb. 1)

Darüber, ob eine Senkung der Vermögenssteuern für Superreiche zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führen würde, können wir heute nur spekulieren. Ich stelle diese Wette auf zukünftige Mehreinnahmen in signifikanter Höhe sehr stark in Frage. Gemäss diversen Studien gibt es dafür keine belastbare Evidenz.

Was wir aber wissen ist, dass wir durch die Steuersenkung für die Reichsten 36 Millionen weniger Geld in der Kantonskasse haben würden. Geld, das in anderen Bereichen fehlt, wo der Kanton dringenden und ausgewiesenen Handlungsbedarf hätte.

Im Folgenden gehe ich exemplarisch auf drei solche Bereiche ein, in denen Handlungsbedarf besteht. In allen drei Bereichen würden nicht nur Geringverdienende von Investitionen des Kantons profitieren, sondern auch der Mittelstand und die Wirtschaft:

- Familienergänzenden Betreuungsangebote: Die SP hat eine Initiative zur Kita-Betreuung eingereicht. Die Regierung lehnt sie ohne Gegenvorschlag ab, weil dafür die finanziellen Ressourcen fehlen.
- Gezielte Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen: Ja, der Kanton hat diese in der Vergangenheit erhöht. Um 8.5 Millionen Franken. Ja, das ist eine schöne Summe, aber im Verhältnis zu den Einsparungen durch Steuererleichterungen von ca. 7 Millionen Franken, die den reichsten 331 Personen zugutekommen, dann aber doch eher wenig. Im Budget 2023 werden übrigens die Prämienverbilligungen sogar leicht reduziert. Angesichts eines durchschnittlichen Prämienanstiegs von 7% ist das sicherlich die falsche Richtung.
- Investitionen in eine sichere Energieversorgung und den Klimaschutz: Die derzeitige Energiekrise zeigt uns sehr schmerzlich auf, wie sehr wir von Öl, Gas und Stromlieferungen aus dem Ausland abhängig sind. Um diese Abhängigkeit rasch zu reduzieren, braucht es jetzt dringend einen massiv beschleunigten Zubau von Solaranlagen. Diese notwendige Beschleunigung lässt sich nur mit Verpflichtungen der Eigentümer zum Bau und deutlich mehr kantonalen Fördermitteln erreichen.

Zusammengefasst: der Kanton hat in erster Linie mit der Vermögenssteuerreform weniger Einnahmen. Der Mittelstand bezahlt den Preis dafür. In Bereichen, wo zugunsten des überwiegenden Teils der Bevölkerung seit Jahren schon - und jetzt erst recht - dringender Handlungsbedarf besteht, kann sich der Kanton dadurch die nötigen Investitionen nicht leisten. Die sehr unsichere Spekulation auf höhere Einnahmen bezahlt somit zunächst einmal der Mittelstand und, auch das muss gesagt sein, auch die Gemeinden.

Und damit leite ich an Urs Kaufmann weiter, der als Gemeinderat und Vizepräsident der Gemeinde Frenkendorf sehr genau weiss, wie es wirklich um die Auswirkungen der Gesetzesvorlage auf die Gemeinden steht.

## Vermögenssteuerertrag nach Vermögensstufe seit 2013<sup>1</sup>

Kanton Basel-Landschaft

Stufe des steuerbaren Vermögens in 1000 Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018 <sup>2</sup>
	In 1000 Franken					
<b>Total</b>	<b>141 168</b>	<b>150 259</b>	<b>155 748</b>	<b>153 673</b>	<b>172 757</b>	<b>154 553</b>
0	-	-	-	-	-	-
1 - 49	331	338	345	346	346	341
50 - 99	774	775	784	804	796	785
100 - 149	1 075	1 096	1 115	1 120	1 136	1 109
150 - 199	1 342	1 360	1 306	1 345	1 344	1 346
200 - 249	1 461	1 491	1 528	1 545	1 465	1 508
250 - 299	1 610	1 624	1 674	1 694	1 747	1 719
300 - 349	1 849	1 822	1 851	1 870	1 892	1 820
350 - 399	1 962	1 970	2 034	2 025	2 015	1 984
400 - 499	4 128	4 166	4 094	4 168	4 237	4 138
500 - 599	4 139	4 205	4 247	4 342	4 418	4 209
600 - 799	7 740	7 955	7 986	8 024	8 156	8 015
800 - 999	7 084	7 164	7 238	7 315	7 447	7 279
1 000 - 1 999	21 231	23 294	23 377	23 333	24 335	23 547
2 000 - 4 999	23 056	24 146	24 726	24 992	26 675	25 243
5 000 - 9 999	13 137	13 853	14 979	14 873	15 605	14 402
10 000 +	50 247	54 998	58 462	55 878	71 143	57 108

Abb. 1: Zahlen aus dem Zahlenfenster des Kantons BL, [www.statistik.bl.ch](http://www.statistik.bl.ch)

# Perspektive der Gemeinden

Redebeitrag Urs Kaufmann, Landrat SP, Vizepräsident Gemeinde Frenkendorf  
Medienkonferenz zur ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage, 18. Oktober 2022

## Perspektive der Gemeinden

Bereits mit der SV17 müssen die Gemeinden Ausfälle bei den Unternehmenssteuern in der Höhe von rund 26 Mio. Franken pro Jahr verkraften. Auch nach Abzug der Ausgleichszahlungen vom Bund bleiben Ausfälle von 16 Mio. Franken pro Jahr. Die massive Senkung der Kapitalsteuer wurde bereits umgesetzt. In den Jahren 2023 und 2025 wird nun auch die deutliche Senkung der Ertragssteuern umgesetzt und bei den Gemeindefinanzen deutlich spürbar werden (siehe Abb. 1). Die von der OECD geforderte minimale Gewinnsteuer von 15% zeigt auch, dass die vom Kanton beschlossene Senkung auf 13.45% deutlich zu weit gegangen ist.

Ab 2023 wird die Senkung der Vermögenssteuern zu weiteren Steuerausfällen bei den Gemeinden von rund 15 Mio. Franken pro Jahr führen. Angesichts der komplexen Steuerreform ist unsicher, ob diese Prognose der Steuerausfälle so eintreten wird. Wie andere Steuersenkungen gezeigt haben, ist das Risiko hoch, dass die Ausfälle unterschätzt und schöngeredet werden. Es wird auch immer wieder versucht, bei den Finanzplan-Abschätzungen hohe Zunahmen bei den Steuererträgen zu versprechen und so die Ausfälle zu kompensieren. Im Budgetbrief der FKD an die Gemeinden vom Juni 2022 werden den Gemeinden in allen Steuerbereichen hohe Steuerzunahmen «versprochen» und so die Ausfälle der kommenden Jahre «kompensiert» (siehe Abb. 2).

Es war ein geschickter taktischer Schachzug des Finanzdirektors Anton Lauber, aus der Kantonskasse die Gemeinden jährlich mit 9.5 Mio. Franken für die Vermögenssteuerausfälle zu entschädigen. Damit wird aber das bereits schon komplexe und schwierig überschaubare Konstrukt von Kompensationen infolge von Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden um ein weiteres Kapitel angereichert. Es wird sich zeigen, ob diese neue Kompensation die angestrebte Vereinfachung der Kompensationen «überleben» wird. Es gilt auch zu beachten, dass mit der betraglich fixen Kompensation die Gemeinden für die steigenden Ausfälle nicht kompensiert werden. Das beschlossene Kompensationsmodell führt bei Gemeinden mit über- resp. unterdurchschnittlichen Vermögenssteuern zu auffälligen Veränderungen der Kompensationen in den kommenden Jahren (siehe Abb. 3).

Die Gemeinden müssen noch viele Jahre hohe Investitionen bei ihren Infrastrukturbauten tätigen, um einerseits den Sanierungsbedarf der vielen Anlagen und Gebäude aus den 1970er-Jahren und andererseits den zusätzlichen Infrastrukturbedarf wegen der Zunahme der Bevölkerung und der Ansprüche bewältigen zu können. Die vom Kanton beschlossenen Steuersenkungen erschweren den Gemeinden die Finanzierung dieser Investitionen.

### Erwartete Entwicklung der Steuererträge

Im Jahr 2023 ist eine Vermögenssteuerreform bei den natürlichen Personen geplant. Der Ertragssteuersatz wird infolge der SV17 in den Jahren 2023 und 2025 gesenkt. Die detaillierten Angaben zur Herleitung der Steuerertragsprognose der Steuerverwaltung finden Sie im Anhang 1. Bei Fragen dazu wenden Sie sich bitte an Markus Kaiser ([markus.kaiser@bl.ch](mailto:markus.kaiser@bl.ch)).

Aufgrund der bereits beschlossenen und geplanten Gesetzesänderungen sowie der Prognosen der BAK erwarten wir in den kommenden Jahren folgende Entwicklung der Gemeindesteuererträge (jeweils gegenüber dem Vorjahr):

		2022	2023	2024	2025	2026
Natürliche Personen	Einkommen	3,4%	1,8%	4,8%	3,5%	3,2%
	Vermögen	0,0%	-11,2%	3,9%	3,8%	3,5%
Juristische Personen	Ertrag	6,5%	-23,7%	6,7%	-27,6%	6,6%
	Kapital	1,4%	1,6%	2,7%	3,4%	3,6%

Bitte beachten Sie jedoch die individuellen Gegebenheiten Ihrer Gemeinde im Vergleich zu diesen pauschalen Prozentsätzen.

Abb. 2: Auszug aus dem Budgetbrief an die Gemeinden (FKD, 28. Juni 2022)

**Vermögenssteuerreform I: Verteilung der Entlastungsmassnahme von 9,5 Mio. Franken auf die Gemeinden**

	2023			2024			2025			2026			ab 2027
	20% nach Einwohner	80% nach Vermögens- steuer- ertrag	Total	40% nach Einwohner	60% nach Vermögens- steuer- ertrag	Total	60% nach Einwohner	40% nach Vermögens- steuer- ertrag	Total	80% nach Einwohner	20% nach Vermögens- steuer- ertrag	Total	Total = 100% nach Einwohner
<b>Total</b>	1 900 000	7 600 000	9 500 000	3 800 000	5 700 000	9 500 000	5 700 000	3 800 000	9 500 000	7 600 000	1 900 000	9 500 000	9 500 000
Aesch	67 885	169 476	237 362	135 771	127 107	262 878	203 656	84 738	288 394	271 541	42 369	313 910	339 427 +
Allschwil	139 727	552 390	692 117	279 453	414 293	693 746	419 180	276 195	695 375	558 906	138 098	697 004	698 633
Anwil	3 452	5 514	8 966	6 904	4 135	11 039	10 355	2 757	13 112	13 807	1 378	15 186	17 259
Arboldswil	3 794	11 818	15 612	7 589	8 863	16 452	11 383	5 909	17 292	15 178	2 954	18 132	18 972
Arisdorf	11 079	44 607	55 687	22 159	33 455	55 614	33 238	22 304	55 542	44 317	11 152	55 469	55 397
Ariesheim	59 676	662 781	722 457	119 352	497 086	616 438	179 028	331 391	510 419	238 704	165 695	404 399	298 380 -
Augst	6 923	12 180	19 103	13 846	9 135	22 981	20 769	6 090	26 859	27 692	3 045	30 737	34 615
Bennwil	4 273	9 379	13 652	8 545	7 034	15 580	12 818	4 689	17 508	17 091	2 345	19 436	21 364
Biel-Benken	23 348	154 161	177 510	46 696	115 621	162 317	70 044	77 081	147 125	93 392	38 540	131 933	116 740
Binningen	101 602	1 431 953	1 533 555	203 203	1 073 965	1 277 168	304 805	715 976	1 020 782	406 407	357 988	764 395	508 009 -
Birsfelden	67 426	124 125	191 551	134 853	93 093	227 946	202 279	62 062	264 341	269 705	31 031	300 737	337 132 +
Blauen	4 577	23 075	27 652	9 153	17 306	26 459	13 730	11 537	25 267	18 306	5 769	24 075	22 883
Böckten	5 275	16 382	21 656	10 549	12 286	22 835	15 824	8 191	24 015	21 099	4 095	25 194	26 373
Bottmingen	44 925	408 341	453 266	89 850	306 255	396 105	134 775	204 170	338 945	179 700	102 085	281 785	224 625
Bretzwil	4 880	5 681	10 561	6 761	4 261	11 022	14 641	2 841	17 482	16 521	1 120	17 641	24 402

Abb. 3: Kompensation der Vermögenssteuerausfälle an die Gemeinden 2023 ff. (Auszug)

# Die geplanten Steuerprivilegien sind erst der Anfang!

*Redebeitrag Ronja Jansen, Landrätin SP*

*Medienkonferenz zur ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage, 18. Oktober 2022*

Im Baselbiet besitzt das reichste 1% heute beinahe so viel wie alle anderen Menschen zusammen. Unser Kanton gehört im Hinblick auf die Vermögensverteilung zu den ungleichsten Orten in der ganzen Schweiz. Vor rund 20 Jahren vereinigte das reichste 1% bereits einen guten Drittel der gesamten Vermögen auf sich, inzwischen ist dieser Wert schon fast auf die Hälfte der Gesamtvermögen angestiegen.

Das alles ist kein Zufall. Die herrschende Ungleichheit ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat von politischen Entscheiden der Vergangenheit.

In den letzten Jahrzehnten wurden Millionär:innen und Grossunternehmen schweizweit systematisch entlastet.

In unserem Kanton wurde diese gefährliche Entwicklung zusätzlich massiv befeuert. Unternehmen und Superreiche haben im Baselbiet allein seit der Jahrtausendwende von neuen Steuerprivilegien in der Höhe von ca. 200 Millionen Franken profitiert: Die Erbschaftssteuern wurden zusammengestrichen, die Steuern für Kapitalgesellschaften gesenkt und die ordentlichen Unternehmenssteuern fast halbiert.

Den Preis dafür zahlen die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, durch höhere Abgaben und Leistungsabbau bei der Bildung, beim ÖV und im Gesundheitsbereich. Insbesondere in krisenhaften Zeiten, in denen wir heute leben, sollte eigentlich allen klar sein: Wir können uns diese Politik für die Reichsten nicht mehr leisten. Es ist höchste Zeit das Steuer herumzureissen. Der Kaufkraftverlust schadet den Menschen, die immer weniger im Portemonnaie haben und er schadet auch dem Gewerbe, da der private Konsum noch immer die wichtigste Einnahmequelle für KMU ist.

Doch, statt eine Kehrtwende einzuleiten, drückt die Baselbieter Regierung kräftig aufs Gas und plant die wachsende Ungleichheit weiter zu befeuern.

Über den nächsten einschneidenden Schritt entscheiden wir am 27. November: Die Vermögenssteuerreform I. Einmal mehr sollen die Reichsten im Kanton von millionenschweren Steuerprivilegien profitieren, während die normalverdienende Baselbieter Bevölkerung leer ausgeht. Hauptprofiteur:innen sind ausgerechnet die 331 Reichsten im Kanton, welche sich je über Steuergeschenke in der Höhe von rund 34 000 Franken pro Jahr freuen dürfen. Wer nicht zu diesem illustren Kreis gehört, wird mit der höheren Strom- und Krankenkassenrechnung allein gelassen.

Es drängt sich die Frage auf: Wann ist es genug? Wann ist endlich die normalverdienende Bevölkerung an der Reihe?

Wenn es nach der Baselbieter Regierung geht, ist die Antwort: Noch lange nicht. Denn die vorliegende Reform ist lediglich der erste Schritt eines grösseren Plans.

Auf die Vermögenssteuerreform I soll die Vermögenssteuerreform II folgen, die erneut millionenschwere Steuergeschenke für die Reichsten vorsieht.

Und wenn wir auf die bisherige steuerpolitische Geschichte des Baselbiets zurückschauen, dann gibt es keine Zweifel, dass darauf weitere Steuerprivilegien folgen sollen, für jene, die sie am wenigsten brauchen.

Gegen diese Salamtaktik auf dem Buckel der tiefen und mittleren Einkommen wehren wir uns. Im bevorstehenden Abstimmungskampf und darüber hinaus.

# Die Reform schiesst über das Ziel hinaus!

*Redebeitrag Michael Durrer, Parteipräsident Grüne Baselland*

*Medienkonferenz zur ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage, 18. Oktober 2022*

Die Grünen Baselland begrüssen die Aufhebung der speziellen Baselbieter Steuerwerte für Wertschriften, die u.a. auf einen Vorstoss unseres ehemaligen Landrats Klaus Kirchmayr zurückgeht. Die Angleichung an die schweizweit übliche Handhabung ist sinnvoll und die damit einhergehende Vereinfachung für alle Involvierten begrüssenswert.

Leider nimmt die bürgerliche Mehrheit in der Regierung und im Parlament diese überfällige Anpassung nun zum Anlass, Steuergeschenke in Millionenhöhe an die vermögendsten Baselbieter:innen zu verteilen. Damit wird der Steuerwettbewerb weiter angeheizt und, während die Reichsten profitieren, entgehen dem Kanton und den Gemeinden jährlich Einnahmen von 27 bzw. 15 Millionen Franken.

## **Standortattraktivität – mehr als nur der Steuerfuss**

Es ist erwiesen, dass die Attraktivität eines Kantons nicht nur vom Steuerfuss abhängt und dieser lediglich einen Aspekt der regionalen Wettbewerbsfähigkeit darstellt. Andere Standorteigenschaften wie gute Arbeitsbedingungen und Bildungseinrichtungen, eine hochstehende öffentliche (Verkehrs-)Infrastruktur, Kinderbetreuungsangebote etc. sind mindestens so wichtige Argumente für die Wahl des Wohnsitzes. Daher müssen die Bemühungen und öffentlichen Ausgaben zukünftig stärker auf diese Bereiche fokussieren. Nur ein guter Service Public kann für alle Menschen im Kanton Lebensqualität, Grundrechte und faire Chancen sichern.

Dass der Steuerfuss tatsächlich zum Wegzug von sehr vermögenden Personen führt, ist demgegenüber nicht erwiesen. Der Regierungsrat selbst spricht in der Beantwortung einer Interpellation zu diesem Thema zwar von «Anzeichen», die es dafür gäbe. Mit Zahlen belegen kann er die vermeintliche Abwanderung wohlhabender Personen aber nicht.

## **Die Steuerausfälle sind unverantwortlich und kurzsichtig**

Mit der geplanten Reform gehen Steuerausfälle in der Höhe von jährlich 42 Millionen Franken einher. Zuletzt hat die Corona-Pandemie den Handlungsspielraum des Kantons für neue Aufgaben massiv eingeschränkt. Nun sieht sich die Baselbieter Bevölkerung zusätzlich noch mit stark ansteigenden Preisen und Krankenkassenprämien konfrontiert. Unter diesen Voraussetzungen sind Steuergeschenke an die reichsten Kantonsbewohner:innen erst recht unverständlich und inakzeptabel.

Die geplante Reform hat weitreichende Konsequenzen für den Baselbieter Staatshaushalt, wobei einzig die Partikularinteressen der ohnehin schon Vermögendsten berücksichtigt werden. Der finanzpolitische Spielraum wird in Anbetracht der grossen Herausforderungen im Klima- und Umweltbereich sowie auch im Gesundheitswesen völlig falsch genutzt.

Die Grünen Baselland lehnen eine Steuerreform ab, welche jeglicher ökologischen und/oder sozialen Komponente entbehrt. Ohne soziale Gerechtigkeit ist ökologischer Wandel nicht zu haben.



## ARGUMENTE

### Neue Steuerprivilegien für 331 Multimillionäre? **NEIN** zur ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage.

#### Kurzbotschaft

Mit der ungerechten Vermögenssteuer-Vorlage werden neue Steuerprivilegien für die Reichsten eingeführt. Am stärksten profitieren die 331 reichsten Personen im Baselbiet: Sie erhalten pro Kopf 34'500 Franken. Gleichzeitig gehen 125'000 Baselbieterinnen und Baselbieter leer aus. Die ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage reiht sich ein in eine gefährliche Entwicklung: Die Belastung der tiefen und mittleren Einkommen steigt an, während die Reichsten von immer neuen Steuerprivilegien profitieren. Am Schluss bezahlt die Bevölkerung Jahr für Jahr die Kosten der neuen Steuerprivilegien in der Höhe von total 42 Millionen Franken. Gerade in der aktuellen Situation mit Teuerung und Kaufkraft-Verlust können wir uns das nicht leisten.

#### Unsere Argumente:

- **ES PROFITIEREN DIE FALSCHEN!**

Von der geplanten Vermögenssteuersenkung gehen mehr als 90% der Steuerprivilegien an die obersten 10%. Am stärksten profitieren die 331 reichsten Personen im Baselbiet: Diese Personen erhalten neue Steuerprivilegien in der Höhe von 11.5 Millionen Franken, das sind pro Kopf rund 34'500 Franken. 125'000 Baselbieterinnen und Baselbieter bekommen gar nichts.

Steuerbares Vermögen	Anzahl Steuerpflichtige	In% der Steuerpflichtigen	Entlastung	In % der neuen Steuerprivilegien	Entlastung pro Kopf und Jahr
0	124'982	70.4	0CHF	0.00%	0
1-499'999	38'918	21.9	3'906'000	9.30%	100.36
0.5- 1 Mio.	7077	4	6'762'000	16.10%	955.49
1 Mio. - 10 Mio.	6185	3.5	19'908'000	47.40%	3218.76
über 10 Mio.	331	0.2	11'424'000	27.20%	34'513.60

Quelle: Bericht der Finanzkommission August 2022.

- **TIEFE UND MITTLERE EINKOMMEN ZAHLEN DEN PREIS!**

Die Vermögenssteuer-Vorlage verursacht jährliche Steuerausfälle von total 27 Millionen beim Kanton und 15 Millionen bei den Gemeinden. Investitionen zu Gunsten der Lebensqualität aller Menschen - wie beispielsweise in Prämienverbilligungen - bleiben auf der Strecke. Die tiefen und mittleren Einkommen bezahlen den Preis für die Steuerprivilegien für

Superreiche. Dabei steigt der Druck auf Normalverdienende schon seit Jahren an: Prämien und Mieten steigen, Löhne sinken. Gleichzeitig ist die aktuelle Teuerung eine grosse Gefahr für unsere Kaufkraft. Es ist darum höchste Zeit, endlich die tiefen und mittleren Einkommen zu entlasten und nicht neue Steuerprivilegien an Superreiche zu verteilen.

- **DIE GEPLANTEN STEUERPRIVILEGIEN SIND ERST DER ANFANG!**

Die zunehmende Ungleichheit im Baselbiet ist das Resultat einer jahrelangen schleichenden Entlastung des Kapitals in der ganzen Schweiz. Mit der Vermögensteuer-Vorlage wird diese gefährliche Entwicklung zusätzlich verschärft. Doch das ist erst der Anfang. Die rechtskonservative Mehrheit plant schon heute weitere Entlastungen der Reichsten im Baselbiet. Kurz nach der aktuellen Vorlage sollen die Vermögenssteuern für die Reichsten erneut gesenkt werden. Schluss mit dieser unehrlichen Salami taktik auf dem Buckel der tiefen und mittleren Einkommen.

[www.vermoegenssteuer-vorlage-nein.ch](http://www.vermoegenssteuer-vorlage-nein.ch)